

Martin Remppe

## Ambivalenzen allerorten

### Neue Forschungen zur Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit\*

»Fluchtursachen bekämpfen heißt in Entwicklung investieren«, lässt sich der deutsche Bundesentwicklungsminister Gerd Müller auf der Website seines Ministeriums zitieren.<sup>1</sup> Aufgrund der sogenannten Flüchtlingskrise ist Entwicklungszusammenarbeit wieder einmal ganz oben auf der Agenda der internationalen Staatengemeinschaft gelandet. Unter der deutschen G-20-Präsidentschaft in Hamburg wurde ein *Compact with Africa* geschlossen, in dessen Rahmen vor allem private Investitionen fließen sollen. Bundeskanzlerin Angela Merkel gestand auf der anschließenden Pressekonferenz ein, »dass wir mit der klassischen Entwicklungshilfe, wie wir sie jahrelang fast als einziges Instrument geleistet haben, [...] die Entwicklung Afrikas allein nicht voranbringen«. Vielmehr müsse neben Investitionen auf eine gute Regierungsführung hingewirkt sowie bessere Bedingungen in den Bereichen der Rechtssicherheit und Transparenz geschaffen werden.<sup>2</sup> Mit dem neuen Pakt, so Merkel, habe man »zum ersten Mal einen Entwicklungsplan für Afrika von Afrika, und deshalb können wir jetzt mit Afrika arbeiten«.<sup>3</sup>

»Mit Afrika«, das hieß in Hamburg mit gerade einmal drei eingeladenen afrikanischen Staatschefs, für deren Anliegen zudem kaum Zeit blieb. Auch verschiedene Nichtregierungsorganisationen (NGOs) kritisierten im Nachgang zum Gipfel Merkels Vorstoß aus verschiedenen Gründen: Die ärmsten Länder würden davon am wenigsten profitieren, lautete der Standpunkt der Kindernothilfe, während Oxfam Deutschland kritisierte, dass Privatinvestitionen auch politisch gestaltet werden müssten, damit möglichst viele gesellschaftliche Gruppen davon profitieren würden. Die bilaterale Konstruktion des *Compact* würde darüber hinaus regionalen Integrationsbemühungen entgegenwirken und die afrikanischen Länder in einen desaströsen Standortwettbewerb versetzen.<sup>4</sup>

In den Nord-Süd-Beziehungen nichts Neues, könnte man nun auf den ersten Blick urteilen. Allerdings tun Historikerinnen und Historiker gut daran, ihr Wissen von der Vergangenheit nicht unreflektiert auf die Gegenwart zu projizieren. Was letztlich aus der neuen Initiative werden wird, ob und inwieweit sie dazu beitragen kann, Menschen eine Perspektive in ihren afrikanischen Heimatländern zu geben, wird die Zukunft weisen.

Auf den zweiten Blick ist die Episode aus Hamburg außerdem durchaus aufschlussreich, denn sie lenkt die Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen und Akteure, die die His-

---

\* Für wertvolle Anregungen zu diesem Text danke ich sehr herzlich Frank Trentmann, London, und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für Internationale und Globalgeschichte an der Universität Konstanz.

1 Fluchtursachen mindern – Aufnahme­regionen stabilisieren – Flüchtlinge unterstützen, URL: <[https://www.bmz.de/de/themen/Sonderinitiative-Fluchtursachen-bekaempfen-Fluechtlinge-integrieren/deutsche\\_politik/index.jsp](https://www.bmz.de/de/themen/Sonderinitiative-Fluchtursachen-bekaempfen-Fluechtlinge-integrieren/deutsche_politik/index.jsp)> [7.6.2018].

2 Vgl. Mitschrift der Pressekonferenz der Bundeskanzlerin zum Abschluss des G20-Gipfels am 8. Juli, 8.7.2017, URL: <<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/07/2017-07-08-pk-merkel-g20.html>> [7.6.2018].

3 Mitschrift Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel zum G20-Gipfel in Hamburg, 7.7.2017, URL: <<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/07/2017-07-07-statement-merkel-g20.html>> [7.6.2018].

4 Vgl. den Bericht des Bündnisses Gemeinsam für Afrika unter URL: <<https://www.gemeinsam-fuer-afrika.de/2017/07/g20-gipfel-mit-und-doch-ohne-afrika/>> [7.6.2018].

toriografie zur Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre geprägt haben und daher in diesem Forschungsbericht schwerpunktmäßig erörtert werden. Dazu zählt das Ringen um adäquate Entwicklungskonzepte (I.) genauso wie die Produktion entwicklungspolitischen Wissens, das oft erst die Voraussetzungen für Maßnahmen und Projekte schuf (II.). Darüber hinaus rücken die Funktion und Bedeutung nichtstaatlicher Akteure in der globalen Entwicklungszusammenarbeit mehr und mehr in den Fokus, womit insbesondere Nichtregierungsorganisationen angesprochen sind, die außerhalb staatlicher Entwicklungspolitik eine eigene Agenda verfolgten (III.). Schließlich wird in letzter Zeit auch die Praxis der Zusammenarbeit verstärkt in den Blick genommen (IV.); Untersuchungen einzelner Entwicklungsprojekte ebenso wie sektorbezogene Fallstudien gehen dabei dem Alltag und den Auswirkungen der Zusammenarbeit auf den Grund.

Natürlich sind diese vier Aspekte nicht klar voneinander zu trennen, und es wären noch weitere zu nennen wie insbesondere die Rolle internationaler Organisationen.<sup>5</sup> Einige Studien thematisieren daher auch mehrere dieser Aspekte zugleich. Dennoch schien es mir sinnvoll, systematisch vorzugehen, um Trends und Ansätze der historischen Entwicklungsforschung im deutschsprachigen und angloamerikanischen Raum der letzten sieben Jahre adäquat zu erfassen, neue Einsichten zusammenzufassen und kritisch zu würdigen sowie abschließend Schneisen künftiger Forschung zu schlagen.

Die explizite Beschränkung auf rezente Literatur hat auch damit zu tun, dass der amerikanische Historiker Joseph Morgan Hodge erst kürzlich das Forschungsfeld in einem ausladenden zweiteiligen historiografiegeschichtlichen Essay detailliert vermessen hat, worauf noch ein *Roundtable Feedback* prominenter Vertreterinnen und Vertreter des Forschungsfelds folgte.<sup>6</sup> Hodge lässt die eigentliche Geschichtsschreibung zum *Development* 1990 beginnen und versteht sie als kritische Antwort auf den Siegeszug des Neoliberalismus. Er teilt sie in zwei Phasen ein, mit dem 11. September 2001 als Wendepunkt: Davor dominierte nach Hodge der Fokus auf westliche Eliten und postkoloniale Entwicklungsdiskurse in den Metropolen. Nach den Terroranschlägen verschob sich das Zentrum der Aufmerksamkeit sowohl in zeitlicher wie in räumlicher Hinsicht verstärkt in die Kolonien und imperialen Peripherien selbst und setzte einen besonderen Schwerpunkt auf die entwicklungspolitische Praxis: Die Geschichtsschreibung zur Entwicklungszusammenarbeit verlängerte ihren Untersuchungszeitraum, stieg tiefer in die Materie ein und erweiterte ihr geografisches Blickfeld.<sup>7</sup>

5 Die Forschung zu internationalen Organisationen hat in den letzten Jahren zahlreiche und teils grundlegende Studien hervorgebracht, die auch entwicklungspolitische Thematiken direkt oder indirekt berühren. Zu nennen sind insbesondere *Jürgen Dinkel*, *Die Bewegung bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927–1992)* (Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 37), De Gruyter/Oldenbourg, Berlin/München etc. 2015, 364 S., geb., 54,95 €; *Peo Hansen/Stefan Jonsson*, *Eurafrica. The Untold History of European Integration and Colonialism*, Bloomsbury Publishing, London/New York etc. 2014, 316 S., geb., 45,00 £; *Susan Pedersen*, *The Guardians. The League of Nations and the Crisis of Empire*, Oxford University Press, Oxford 2015, 571 S., geb., 22,99 £; *Matthias Schmelzer*, *The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm*, Cambridge 2016; *Patrick Allan Sharma*, *Robert McNamara's Other War. The World Bank and International Development*, Philadelphia 2017. Im vorliegenden Bericht wird die Rolle internationaler Organisationen immer wieder angesprochen, sodass auf einen eigenen Abschnitt verzichtet wurde.

6 Der Roundtable ist nur online abrufbar unter URL: <<http://humanityjournal.org/joseph-hodge-roundtable/>> [17.8.2018].

7 Vgl. *Joseph Morgan Hodge*, *Writing the History of Development (Part 1: The First Wave)*, in: *Humanity* 6, 2015, S. 429–464; *ders.*, *Writing the History of Development (Part 2: Longer, Deeper, Wider)*, in: *Humanity* 7, 2016, S. 125–174. Kritisch zu dieser Periodisierung mit bedenkenswerten Argumenten Frederick Cooper im Roundtable, *Frederick Cooper*, *Commentary on the Essay*

Inmitten dieser allgemeinen Erweiterung, die unter anderem auch dazu geführt hat, dass sich die Internationale Politikgeschichte inzwischen stärker für dieses Forschungsfeld interessiert<sup>8</sup>, möchte ich eine substanzielle Zwischenbilanz ziehen, die die Forschung deutscher und angloamerikanischer Provenienz gleichermaßen berücksichtigt. Aus ihr wird erstens deutlich, dass die Idee entwicklungspolitischer Dekaden, wie sie seit den 1960er-Jahren von der UNO ausgerufen wurden und in denen bestimmte entwicklungspolitische Ansätze dominiert hätten, wenig historische Evidenz besitzt.<sup>9</sup> Stattdessen sollte stärker davon ausgegangen werden, dass konkurrierende Entwicklungskonzepte eine Konstante der Nord-Süd-Beziehungen bildeten, die sich mit unterschiedlichen Biegungen seit den 1930er-Jahren letztlich bis in die heutige Zeit fortsetzt. Zweitens eignen sich wissenschaftliche Untersuchungen besonders gut, um allzu einseitigen Erzählungen über Schuld und Scheitern in der Entwicklungspolitik ausgewogenere Analysen entgegenzustellen. Drittens zeigen neue Studien über Nichtregierungsorganisationen, wie sehr deren Aktivitäten auch von einer institutionellen Eigenlogik und spezifischen Interessen gelenkt wurden, was deren Position im Gesamtgefüge der Entwicklungszusammenarbeit auf den Prüfstand stellt. Viertens schließlich streichen projektorientierte Studien die fundamentalen Ambivalenzen und Inkonsistenzen heraus, die diesem Politikfeld bis in die jüngste Zeit hinein inhärent sind. Übergreifend ergibt sich daraus ein immer facettenreicheres Bild der Nord-Süd-Beziehungen in den letzten knapp 100 Jahren, in dem gleichwohl Konturen teils so sehr verschwimmen, dass es generalisierenden Interpretationen entgegenarbeitet.

## I. ENTWICKLUNG ›VON UNTEN‹: *COMMUNITY DEVELOPMENT*

Die Entwicklungszusammenarbeit etablierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg als neues Paradigma in den internationalen Beziehungen. Nach gängiger Auffassung wurzelte sie in drei unterschiedlichen Kontexten: in der Kolonialpolitik der europäischen Imperien, die nach dem Ersten Weltkrieg vom Prinzip der kolonialen Eigenfinanzierung der Kolonien mehr und mehr abrückten und in die Entwicklung dieser Gebiete zu investieren begannen; in der aufkommenden Entwicklungsökonomie, die sich, zuerst mit Blick auf die (schwache) Industrialisierung in Osteuropa, den Bedingungen und Faktoren wirtschaftlichen Wachstums widmete; schließlich im Siegeszug der amerikanischen Modernisierungstheorie, die der US-Regierung in der heraufziehenden Doppelherausforderung von Kaltem Krieg und Dekolonisierung eine außenpolitische Strategie an die Hand gab.<sup>10</sup> Die Kernbotschaft dieser Theorie lautete, dass mit massiven Investitionen in Bildung, Industrien, Wohnungsbau, Sozialwesen und vielem mehr traditionelle und ›rückständige‹ Gesellschaf-

---

of Joseph Hodge, 3.5.2016, URL: <[humanityjournal.org/blog/commentary-on-the-essay-of-joseph-hodge/](http://humanityjournal.org/blog/commentary-on-the-essay-of-joseph-hodge/)> [17.8.2018]. Ebenso als Einstieg in das Forschungsfeld zu empfehlen (und mit anderen Akzentsetzungen, unter anderem zu Gewalt und Gender) ist *Corinna R. Unger*, *Histories of Development and Modernization. Findings, Reflections, Future Research*, in: *H-Soz-Kult*, 9.12.2010, URL: <<https://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1130>> [17.8.2018].

- 8 Vgl. *Jan Eckel*, Vielschichtiger Konflikt und transnationale Steuerung. Zur Neuinterpretation der Geschichte internationaler Politik zwischen den 1940er- und den 1990er-Jahren, in: *AfS* 57, 2017, S. 497–535.
- 9 Vgl. zu den Dekaden der UNO den instruktiven Überblick von *Hubertus Büschel*, *Geschichte der Entwicklungspolitik*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11.2.2010, URL: <[https://docupedia.de/zg/Geschichte\\_der\\_Entwicklungspolitik](https://docupedia.de/zg/Geschichte_der_Entwicklungspolitik)> [17.8.2018].
- 10 Vgl. *Gilbert Rist*, *The History of Development. From Western Origins to Global Faith*, London/New York 2008; jetzt auch *Corinna R. Unger*, *International Development. A Postwar History*, London/Oxford etc. 2018.

ten auf schnellstem Wege in die Moderne westlicher, beziehungsweise genauer: amerikanischer, Prägung geführt und damit zugleich vor dem Zugriff durch den Kommunismus gerettet werden könnten.<sup>11</sup> Ungeachtet aller Unterschiede im Detail besagten die Grundrezepte der Kolonialpolitiken in der Nachkriegszeit oder entwicklungsökonomischer Empfehlungen zum Wirtschaftswachstum kaum etwas anderes. Allen drei Traditionslinien ging es grundsätzlich um eine rasche Modernisierung kolonialer, ›rückständiger‹ oder als traditionell bewerteter Gesellschaften, der auf allen Seiten mit großem Optimismus entgegengefebert wurde.

Nach gängiger Auffassung hat das daraus hervorgegangene Modernisierungsparadigma die globale Frühphase der Entwicklungspolitik in den 1950er- und 1960er-Jahren beherrscht.<sup>12</sup> Aus unterschiedlichen Blickwinkeln stellen jetzt allerdings zwei neue Bücher diese Dominanz mit überzeugenden Argumenten infrage. Daniel Immerwahr schildert in »Thinking Small« die Bemühungen der USA, den Entwicklungsansatz des *Community Development* nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit zu popularisieren, während Hubertus Büschel in »Hilfe zur Selbsthilfe« west- und ostdeutsche Entwicklungsarbeit in Afrika in den 1960er- und 1970er-Jahren vergleichend in den Blick nimmt.<sup>13</sup> Mit ihrem Fokus auf Bemühungen einer Entwicklung ›von unten‹ relativieren beide die Wirkmächtigkeit des Modernisierungsansatzes und machen auf die Gleichzeitigkeit verschiedener, oftmals als Konkurrenz verstandener Entwicklungsansätze aufmerksam. Einig sind sich Immerwahr und Büschel zudem darin, dass *Community Development* beziehungsweise Hilfe zur Selbsthilfe nicht automatisch ein gerechteres, demokratischeres, weniger zwanghaftes oder gar angemesseneres Entwicklungskonzept darstellte oder nachhaltigere Ergebnisse hervorbrachte. Ganz im Gegenteil können die Autoren der praktischen Umsetzung einer Entwicklung ›von unten‹ wenig abgewinnen, bei der sich Intentionen bis ins komplette Gegenteil verkehren konnten.

Ungeachtet dieser nahezu deckungsgleichen Hauptthesen ist die gemeinsame Lektüre beider Bücher unbedingt zu empfehlen, denn im Detail lassen sich Unterschiede in Herangehensweise und Argumentation ausmachen, die teils auch neue Fragen aufwerfen. Dies betrifft erstens die Entstehungskontexte des *Community Development* beziehungsweise von Hilfe zur Selbsthilfe. Immerwahr wirft dafür den Blick zurück in die USA der 1930er-Jahre, wo er ein gewisses Bedürfnis in künstlerischen und populärkulturellen, vor allem aber in wissenschaftlichen Kreisen nach einem »Groupism« identifiziert, wie dies der amerikanische Soziologie David Riesman seinerzeit nannte. Inmitten der Weltwirtschaftskrise machte sich eine Sehnsucht nach dem Provinziellen, nach Dezentralisierung und einem gesellschaftlichen Miteinander unter Anwesenden breit. Kleine Gruppen bildeten seitdem bis in die 1950er-Jahre einen vorrangigen Untersuchungsgegenstand soziologischer, psychologischer und anthropologischer Forschung. Dieser Zeitgeist äußerte sich auch in der New-Deal-Administration mit der Frontstellung zwischen Modernisten und Kommunitaristen. Letztere waren keineswegs isoliert, sondern konnten insbesondere auf dem Feld der Landwirtschaft ihre Überzeugungen einbringen – und nicht nur hier.<sup>14</sup> Auch in der Or-

11 Vgl. zur Entstehung *Nils Gilman*, *Mandarins of the Future. Modernization Theory in Cold War America*, Baltimore/London 2003.

12 Vgl. *David C. Engerman/Nils Gilman/Mark H. Haefele* u. a. (Hrsg.), *Staging Growth. Modernization, Development, and the Global Cold War*, Amherst/Boston 2003; *Eckel*, *Vielschichtiger Konflikt und transnationale Steuerung*.

13 *Daniel Immerwahr*, *Thinking Small. The United States and the Lure of Community Development*, Harvard University Press, Cambridge/London 2015, 272 S., geb., 31,50 \$; *Hubertus Büschel*, *Hilfe zur Selbsthilfe. Deutsche Entwicklungsarbeit in Afrika 1960–1975* (Globalgeschichte, Bd. 16), Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2014, 646 S., kart., 56,00 €.

14 Vgl. zur Agrarpolitik im Detail *Kiran Klaus Patel*, *The New Deal. A Global History*, Princeton/Oxford 2016, S. 56–65.

ganisation des Alltags der japanischen Gefangenenlager während des Zweiten Weltkriegs kamen ihre Ideen zum Zuge. *Community Development*, auch wenn es noch nicht so hieß, erfuhr in diesen Politikbereichen erste Testläufe, so Immerwahr's zentrales Argument, ehe es nach 1945 zu einem Grundpfeiler der amerikanischen Entwicklungszusammenarbeit wurde.<sup>15</sup>

Im Gegensatz zu dieser aufschlussreichen, nur wenige Jahrzehnte zurückgehenden Binnenperspektive holt Büschel weiter aus. Er verfolgt das Konzept der Hilfe zur Selbsthilfe bis ins Zeitalter der Aufklärung zurück und verortet es in den Blaupausen der europäischen Moderne, in der globalen und lokalen Missionsarbeit und damit nicht zuletzt auch im Kolonialismus. Büschel führt gekonnt die verschiedenen Kontexte vor Augen, in denen die Denkfigur zur Anwendung gelangte, von der Armutsbekämpfung in Europa im langen 19. Jahrhundert über koloniale Erziehungsversuche zur Arbeit bis zum französischen Konzept der *animation rurale*, das in den 1940er-Jahren Fuß fasste. Sie bildete das Äquivalent zum *Community Development*, das etwa zeitgleich seinen internationalen Siegeszug antrat. Britische Kolonialexperten definierten *Community Development* als eine Bewegung, die für bessere Lebensbedingungen der ganzen Gemeinschaft eintritt, und zwar auf deren Initiative und mit deren aktiver Partizipation. Das Konzept hielt rasch bei den kurz darauf gegründeten Vereinten Nationen Einzug, aber erst Ende 1963 wurde auch die bundesrepublikanische Entwicklungspolitik darauf aufmerksam. Allgemein setzte Büschel zufolge auch erst jetzt eine theoretische Auseinandersetzung mit diesem Konzept ein, während die DDR etwa zur selben Zeit die »Internationale Solidarität« als eine (weitere) Variante der Hilfe zur Selbsthilfe verkündete.<sup>16</sup>

Diese recht unterschiedlichen Genealogien werfen die Frage auf, warum es kaum Überschneidungspunkte gab. In der Tat nennt Immerwahr die Vereinten Nationen nur am Rande und als Beleg für die rasche weltweite Verbreitung von *Community Development* (S. 7 und 55f.). Umgekehrt spielen die USA bei Büschel keine nennenswerte Rolle. So, wie das Modernisierungsparadigma auf unterschiedlichen und unverbundenen Wurzeln in Europa und den USA fußte, genau so formierten sich auch Gegenbewegungen – relativ ähnlich, aber unabhängig auf beiden Seiten des Atlantiks. Immerwahr macht deutlich, wie sehr sich die Anhänger einer Entwicklung »von unten« an inneren Gegnern abarbeiteten. Anschaulich wird zum Beispiel geschildert, wie sich auf einer Konferenz am »Massachusetts Institute of Technology« (MIT) Modernisierungssikonen wie Lucian Pye und David Lerner auf der einen und die Vertreter des *Community Development* um Louis Miniclier auf der anderen Seite absolut nichts zu sagen hatten.<sup>17</sup>

Im Vergleich dazu bleibt bei Büschel eher im Dunkeln, gegen wen oder was sich der Ansatz der Hilfe zur Selbsthilfe richtete. An einer Stelle wird diese als integraler Bestandteil einer modernisierungstheoretisch grundierten Entwicklungspolitik beschrieben (S. 64), und selbst US-Präsident Harry S. Trumans berühmtes Vierpunkteprogramm, in dem Selbsthilfe als zentrales Ziel der Entwicklungshilfe benannt wird, ist für Büschel ein Argument für die Omnipräsenz dieses Entwicklungsansatzes.<sup>18</sup> An anderer Stelle wird sie dagegen »herkömmlichen ›top down‹ [...] Entwicklungskonzepten« gegenübergestellt, welche aufgrund ihrer Machtasymmetrien oder aufgrund ihrer Form als Geschenk schlechte sozialpsychologische Folgen hätten.<sup>19</sup>

15 Vgl. Immerwahr, *Thinking Small*, S. 15–65.

16 Vgl. Büschel, *Hilfe zur Selbsthilfe*, S. 116–178.

17 Vgl. Immerwahr, *Thinking Small*, S. 61–64.

18 Vgl. Büschel, *Hilfe zur Selbsthilfe*, S. 64; dazu auch Stephen Macekura, *The Point Four Program and U.S. International Development Policy*, in: *Political Science Quarterly* 128, 2013, S. 127–160.

19 Vgl. Büschel, *Hilfe zur Selbsthilfe*, S. 19f. und 80.



Aus den inhaltlichen Prämissen wird deutlich, dass Hilfe zur Selbsthilfe genauso wie *Community Development* auf Entwicklung ›von unten‹ und auch auf »Entwicklung ohne Modernisierung« abzielte, wie Immerwahr es pointiert nennt. Auf der programmatischen Ebene hob die deutsche Variante ein karitatives Ideal der Unterstützung, ein romantisches Ideal gemeinschaftlicher Bewahrung und Solidarität sowie ein demokratisches Ideal der Teilnahme hervor. In der amerikanischen Version setzte *Community Development* ganz ähnlich an vorgefundenen Institutionen beziehungsweise »traditionellen« Gemeinschaften an und sollte einen Austausch zwischen indigenen Eliten und Dorfbewohnern mit offenem Ausgang initiieren.<sup>20</sup> Explizit ging es dabei nicht ausschließlich, ja nicht einmal zuvörderst um ökonomische Fragen. Hilfe zur Selbsthilfe richtete sich insofern nicht nur gegen überkommene koloniale Bevormundung, sondern auch gegen den Mainstream der europäisch geprägten Entwicklungsökonomie.

Zweitens unterscheiden sich die Studien hinsichtlich der Flughöhe ihrer Untersuchungen. Immerwahr kreist adlerartig über Indien und die Philippinen, während Büschel Akteure und Projekte der Selbsthilfe im Tiefflug inspiziert. Entsprechend weitreichend sind jeweils die Schlussfolgerungen, die die Autoren aus ihren Fallstudien ziehen. Immerwahr kann am *Community-Development*-Programm in Indien aufzeigen, wie rasch sich dieser Entwicklungsansatz in ein Instrument des indischen Zentralstaats verwandelte, um Zugriff auf ländliche Gegenden zu erhalten, weil lokale Eliten das Programm dazu nutzten, ihre Machtstellung zu zementieren und sich mit dem Staat zu arrangieren, statt dezentral den Schulterchluss mit den Dorfgemeinschaften zu suchen. Im Kontext des Kalten Kriegs hatte die US-Regierung mit diesen eigentlich nicht intendierten Auswirkungen offensichtlich kein Problem. Ganz im Gegenteil setzte ein bemerkenswert rascher Lernprozess ein, sodass *Community Development* auf den Philippinen ganz bewusst als Mittel der *Counterinsurgency* zum Einsatz kam; diese wusste Bauernaufstände genauso erfolgreich zu verhindern wie jede zukunftsweisende Landreform. Letztlich setzten die Amerikaner damit eine Politik um und fort, die bereits die Briten im späten 19. Jahrhundert in Indien bewusst eingesetzt hatten.<sup>21</sup>

Büschel ist viel näher an der Praxis dran und daher auch stärker an den sozialpsychologischen Auswirkungen vor Ort interessiert. Bei ihm werden die Probleme plastisch nachvollziehbar, die bei Immerwahr nur sehr verdichtet geschildert werden: wie etwa togoiische Dorfbobere in sogenannten Musterdörfern die Einheimischen zur Arbeit zwangen; wie eine Ausbildungsschule in Kamerun von der lokalen Bevölkerung nicht angenommen und zu einem Umerziehungslager für Strafgefangene umfunktioniert wurde; wie schließlich ein Bauprojekt, das Freundschaftsbrigaden und sansibarische Jugendliche gemeinsam in Bambi durchführten, aufgrund vielfältiger Probleme eingestellt wurde. Das gegenseitige Unverständnis, der oftmals mitschwingende Rassismus bei den deutschen Entwicklungsexperten beziehungsweise -helfern sowie weitere koloniale Prägungen der Zusammenarbeit werden immer wieder herausgearbeitet und damit die Paradoxien von Hilfe zur Selbsthilfe zwischen intendierter Befreiung und auferlegtem Zwang offengelegt. Dass dadurch die größeren politischen und sozioökonomischen Zusammenhänge in den jeweiligen afrikanischen Ländern etwas zu kurz kommen, ist der Preis, der für diese dichten Beschreibungen zu zahlen ist.<sup>22</sup> Zusammengenommen bereichern beide Bücher die Frühgeschichte der Zusammenarbeit um ein enorm wichtiges Kapitel, das die Gleichzeitigkeit unterschiedli-

20 Vgl. ebd., S. 73; Immerwahr, *Thinking Small*, S. 60f.

21 Vgl. Immerwahr, *Thinking Small*, S. 66–132, zu Indien auch den folgenden Abschnitt.

22 Vgl. Büschel, *Hilfe zur Selbsthilfe*, S. 401–481; vgl. auch die ausführliche Würdigung von Büschels Studie bei Achim von Oppen, »Hilfe zur Selbsthilfe« als Geschichte und Anti-Geschichte. Deutsch-deutsche Entwicklungshilfe im postkolonialen Afrika, in: NPL 61, 2015, S. 185–203, hier: S. 198.

cher Entwicklungsansätze unterstreicht. Gemeinsam hatte Entwicklung ›von unten‹ mit Top-down-Ansätzen allerdings, dass zum einen auch sie zunächst einmal ›von außen‹ kam und deshalb genauso als Eingriff wahrgenommen wurde. Zum anderen konnte sie ebenso scheitern beziehungsweise ihre Intentionen verfehlen und in einem Ausmaß in ganz andere Richtungen laufen, das die heuristische Differenzierung zwischen ›oben‹ und ›unten‹ beziehungsweise zwischen ›big‹ und ›small‹ an ihre Grenzen bringt.

## II. EMPIRIE UND ABSTRAKTION: ZUR PRODUKTION VON ENTWICKLUNGSWISSEN

Dass in Büschels und Immerwahr's Studien immer wieder Anthropologen, Soziologen und Psychologen zur Sprache kommen, ist kein Zufall, denn Entwicklungszusammenarbeit verlangte nach Erkenntnissen über Menschen und ihre Sprachen, über deren Sitten und Gebräuche, über Geografien und klimatische Bedingungen, über Rohstoffe und Bodeneigenschaften. Dies mag ein wesentlicher Grund dafür sein, dass in den letzten Jahren viele Studien auf diesem Forschungsfeld einen dezidiert wissenschaftsgeschichtlichen Ansatz wählten. Welcher Qualität Entwicklungswissen war, steht dabei weniger infrage als die Kontexte und Formen, in denen solches Wissen entstand beziehungsweise produziert wurde, auf welchen Wegen es sich verbreitete und welche Auswirkungen dessen Anwendung hatte. Wie unterschiedlich der Zugriff auf diese Fragen selbst innerhalb der Wissens- und Wissenschaftsgeschichte ausfallen kann, belegen die neuen Bücher von Corinna R. Unger zu Indien, von Daniel Speich Chassé zur Erfindung des Bruttosozialprodukts sowie ein von George Steinmetz herausgegebener Sammelband zur imperialen Prägung der Soziologie.<sup>23</sup>

Um mit Letzterem zu beginnen: Es geht dem amerikanischen Soziologen darum, die seiner Meinung nach weithin vergessenen, gleichwohl engen Verwicklungen der eigenen Disziplin mit der Geschichte von Imperialismus und Kolonialismus in Erinnerung zu rufen und kritisch aufzuzeigen, wie sehr das Fach von diesen mitgeprägt wurde. Die 1970er- bis 1990er-Jahre, so Steinmetz im Vorwort, seien von einem bemerkenswerten Desinteresse an imperialen und kolonialen Fragen gekennzeichnet gewesen, was unter anderem auf die vorherrschende Gegenwartsbezogenheit und den methodologischen Nationalismus des Faches zurückzuführen sei.<sup>24</sup> Dieses Forschungsprogramm ist aller Ehren wert und hält auch viele weiterführende Einsichten bereit, allerdings wirft dieses »Narrativ des Vergessens« unmittelbar die Frage nach disziplinären Scheuklappen auf. Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive ist die beklagte Amnesie jedenfalls längst obsolet, zählt doch der vor über 20 Jahren herausgegebene (und auch in Steinmetz' Werk fleißig zitierte) Sammelband von Frederick Cooper und Randall Packard über »International Development and the Social Sciences. Essays on the History and Politics of Knowledge« inzwischen zu einem Klassiker in diesem Feld.<sup>25</sup>

Neben der – recht unterschiedlich verlaufenen – Geschichte soziologischer Imperienforschung in verschiedenen Ländern (Russland, USA, Italien, Deutschland, Frankreich;

23 Vgl. Corinna R. Unger, *Entwicklungspfade in Indien. Eine internationale Geschichte 1947–1980*, Wallstein Verlag, Göttingen 2015, 319 S., geb., 34,90 €; Daniel Speich Chassé, *Die Erfindung des Bruttosozialprodukts. Globale Ungleichheit in der Wissenschaftsgeschichte der Ökonomie (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 212)*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013, 344 S., geb., 65,00 €; George Steinmetz (Hrsg.), *Sociology & Empire. The Imperial Entanglements of a Discipline*, Duke University Press, Durham/London 2013, 610 S., kart., 34,95 \$.

24 George Steinmetz, *Preface*, in: ebd., S. ix–xvi.

25 Vgl. Frederick Cooper/Randall Packard (Hrsg.), *International Development and the Social Sciences. Essays on the History and Politics of Knowledge*, Berkeley/Los Angeles etc. 1997. Dessen zentrale Bedeutung unterstreicht auch Hodge, *Writing the History of Development (Part 2)*, S. 137.

Großbritannien fehlt erstaunlicherweise) gewährt die Anthologie auch Einblicke in gegenwärtige Theoriediskussionen. Ein dritter Teil ist empirischen Fallstudien vorbehalten, die, auf den Pfaden der Historischen Soziologie wandelnd, Theorieverfeinerung betreiben. Damit fühlt sich der Band einer Geschichte der Soziologie des Empire verpflichtet, thematisiert mitunter aber auch die Rolle von Soziologen *in* Imperien, um eine hilfreiche Unterscheidung aus Raewyn Connells Schlusskapitel aufzugreifen, und arbeitet nicht zuletzt heraus, wie die Gedanken des einen oder anderen Soziologen durch Kolonialismus und Imperialismus beeinflusst wurden.<sup>26</sup>

Steinmetz eröffnet den Band mit einer informativen Tour d'Horizon soziologischer Theorie und Forschung zu Imperien von der französischen Eroberung Algeriens im Jahr 1830 bis in die Gegenwart, beziehungsweise von Auguste Comte und Alexis de Tocqueville bis zu Michael Mann und sich selbst. So informativ diese Art Kanon auch ist, so mutet Steinmetz' explizites Ansinnen, den Stellenwert der Soziologie in der Imperienforschung zu-rechtzurücken, doch etwas seltsam an. Seiner Ansicht nach sind viele in den vergangenen Jahren von anderen Fächern wie der Geschichtswissenschaft, der Anthropologie oder den postkolonialen Studien präsentierten Einsichten zuerst von (zeitgenössischen) Soziologen herausgearbeitet worden. Dabei seien auch einzelne Soziologen wie etwa Richard Thurnwald, Albert Memmi oder Georges Balandier vereinnahmt worden, die es wieder in die Fachgeschichte einzugemeinden gelte. Bei derart affirmativem Abgrenzungsbedürfnis bleibt Steinmetz' Wille zur Historisierung überschaubar. Wer eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Disziplin sucht, sollte sich daher lieber den Länderkapiteln und den historischen Fallstudien zuwenden. Erhellend ist zum Beispiel der Aufsatz des Historikers Andrew Zimmerman zu Deutschland, in dem unter anderem das intellektuelle und praktische Engagement von Gründervätern wie Gustav von Schmoller und Max Weber für die Kolonialpolitik beziehungsweise die sogenannte innere Kolonisierung im polnisch geprägten Ostpreußen herausgearbeitet wird.<sup>27</sup> Solche Annäherungen an die Fachgeschichte machen den Band nicht nur für Soziologinnen und Soziologen, sondern auch für Historikerinnen und Historiker interessant.

Bei Daniel Speich Chassé steht mit der Wirtschaftswissenschaft ebenfalls eine ganz bestimmte Disziplin im Mittelpunkt. Allerdings interessiert er sich nicht so sehr für die Fachgeschichte, sondern für ihre Rolle bei der Produktion von Wissen über globale Ungleichheit in den 1940er- und 1950er-Jahren. Ab diesem Zeitpunkt begannen Ökonomen, dieses Wissen verstärkt in Zahlen auszudrücken, und entsprechende Tabellen und Statistiken entfalteten eine enorme Wirkmächtigkeit. Herzstück dieser einsetzenden Ökonometrie bildete die sogenannte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, deren bekannteste und abstrakteste Kennziffer das nationalstaatliche Bruttosozialprodukt wurde. Dessen »Erfindung« und die damit einhergehende »radikale Vereinfachung von komplizierten sozialen Situationen«, so Speich Chassés Hauptthese, ließen zwischen 1945 und 1955 Ungleichheit überhaupt erst als globales politisches Problem erscheinen, für das seitdem Lösungsansätze unter dem Namen der »Entwicklungspolitik« gesucht wurden und werden.<sup>28</sup>

Überraschend daran ist, dass die Ökonomen diesem in Zahlen gegossenen Staatenvergleich im Weltmaßstab, obwohl sie ihn ausgehend von Colin Clark überhaupt erst technisch möglich machten, eher skeptisch gegenüberstanden. Aus der disziplinären Entwicklung des Faches heraus ist der Siegeszug dieses Verfahrens daher nicht zu erklären. Vielmehr, so Speich Chassé, fügten sie sich einer zunehmenden Nachfrage seitens der in-

26 Vgl. Raewyn Connell, Conclusion. Understanding Empire, in: Steinmetz, *Sociology & Empire*, S. 489–497.

27 Vgl. Andrew Zimmerman, German Sociology and Empire: From Internal Colonization to Overseas Colonization and Back Again, in: Steinmetz, *Sociology & Empire*, S. 166–187.

28 Vgl. Speich Chassé, Die Erfindung des Bruttosozialprodukts, S. 21.



ternationalen Politik nach Orientierungswissen. Illustriert wird diese These am System der Vereinten Nationen. Schon die Finanzierung der internationalen Organisation richtete sich nach dem Volkseinkommen, denn als Beitrag wurde für die Mitgliedsstaaten 1% desselben festgelegt; neue Staaten, die Mitglied werden wollten, erhielten von der UNO technische Hilfe, um diesen nationalen Buchhaltungsstandard einzuführen.<sup>29</sup>

Die Universalisierung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch die Vereinten Nationen dient Speich Chassé als Ausgangspunkt, um den nüchternen, nach technischen Lösungen suchenden Entwicklungsdiskurs der Weltorganisation im Dialog mit der neu entstandenen, handlungsorientierten Entwicklungsökonomie bis in die 1990er-Jahre hinein nachzuzeichnen. Erst dank der zahlreichen Ökonomen, die von Anfang an in oder für die UNO tätig waren, habe sich der Begriff der »Entwicklung« von seiner (kolonial geprägten) Bindung an die konkrete Nutzung materieller Ressourcen gelöst und sich in eine abstrakte, das heißt messbare Kategorie verwandelt. Speich Chassé zeigt, dass diese Kategorie lange Zeit mit dem volkswirtschaftlichen Wachstum in eins gesetzt wurde und dass auch spätere Ausdifferenzierungen wie der Bildungs- und Gesundheitsfaktoren einbeziehende »Human Development Index« an der Logik des Zählens nichts änderten.<sup>30</sup> Welche sozioökonomischen Auswirkungen die Erfindung des Bruttosozialprodukts und die Logik des Zählens für entwicklungspolitische Programme und ihre Umsetzung in betroffenen Ländern des globalen Südens zeitigten, bleibt dagegen außerhalb von Speich Chassés Fragehorizont. Vielmehr geht aus seiner Studie klar hervor, dass die abstrakten Zahlenspiele in erster Linie die Kommunikation über Entwicklung auf globaler Ebene beförderten und erleichterten.

Derart abstraktes Wissen wurde umso entbehrlicher, je genauer man sich mit den Lebensbedingungen der Menschen vor Ort auseinandersetzte. Diesen Eindruck gewinnt man jedenfalls bei der Lektüre von Corinna R. Ungers aufschlussreicher Studie zur Entwicklungspolitik in Indien. Unger versteht Entwicklungspolitik als Wissenspolitik in dem Sinne, dass dieser Politikbereich auf die Produktion und die Verwendung spezifischer Wissensbestände notwendig angewiesen ist. Aus dieser wissenschaftsgeschichtlichen Perspektive fragt sie danach, warum Indien nach Erlangung der Unabhängigkeit 1947 bestimmte Entwicklungspfade einschlug und andere verwarf oder gar nicht erst wählte. Unger interessiert sich dabei nicht nur für Konzepte und Visionen, sondern auch für die entwicklungspolitische Praxis und ihre Auswirkungen, von Modernisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft über Industrialisierungsbemühungen bis hin zu Projekten im Bereich der Stadtentwicklung.

Im Vergleich zu Speich Chassés und Steinmetz' Studien ist ihre Wissensgeschichte also weitaus näher an den Lebenswelten der Menschen dran, was unmittelbar einen wissenschaftlichen Mehrwert mit sich bringt: Indem Unger Sektoren (und nicht eine bestimmte Wissenschaft) untersucht, kann sie verschiedene Wissensarten identifizieren, die Entwicklungspolitik leiteten. So differenziert sie zwischen theoretischem Wissen (zum Beispiel der Modernisierungstheorie), populärem Wissen (etwa dem Konzept der Kreditgenossenschaften) und funktional aggregiertem, das heißt hochspezialisiertem und anlassbezogen produziertem Entwicklungswissen und gelangt so zu einem nuancierten Gesamtpanorama, wie Entwicklungspolitik als Wissenspolitik wirkte.<sup>31</sup>

Nuanciert ist Ungers Panorama auch deshalb, weil durch die wissenschaftsgeschichtliche Linse die klassischen und oftmals einseitig beantworteten Fragen an die Entwicklungspolitik – was läuft schief und wer trägt Schuld – einer nüchterneren, multikausal argumentierenden Historisierung weichen. Ähnlich wie Speich Chassé, der sich explizit und überzeu-

29 Ebd., S. 42–111 und 139–149.

30 Vgl. ebd., S. 155–162 und 210–230. Zur Verbreitung des Wachstumsparadigmas außerdem Schmelzer, *The Hegemony of Growth*.

31 Vgl. Unger, *Entwicklungspfade in Indien*, S. 280–282.

gend gegen einen pauschalisierenden Imperialismus der Ökonomen wendet, kann Unger darlegen, dass die Annahme eines »Imperialismus des Wissens« zu kurz greift. Dies wird zum Beispiel ersichtlich an den urbanen Entwicklungsmaßnahmen in Kalkutta, für die weder die Weltbank noch einheimische Stadtplaner auf Vorerfahrungen oder erprobte Wissensbestände zurückgreifen konnten und sich ihre Expertise erst selbst schaffen mussten. Es zeigt sich ebenso am Weiterdenken der Genossenschaftsidee in Indien, das lokale Ansätze mit aufnahm und so populäres Wissen an bestehende Strukturen anpasste. Und es manifestiert sich nicht zuletzt in den Schwierigkeiten rund um den Bau des Stahlwerks in Rourkela – Schwierigkeiten, die nicht allein westlicher, insbesondere westdeutscher Überheblichkeit und fehlenden interkulturellen Kompetenzen geschuldet waren, sondern auch auf die schwerfällige indische Bürokratie und indische Arbeitskräfte zurückzuführen sind, die für die anstehenden Aufgaben nicht ausgebildet waren.<sup>32</sup>

Angesichts dieser Beispiele ist es nur konsequent, wenn Unger am Ende ihrer Studie konstatiert, dass den indischen Verantwortlichen viele Entwicklungspfade offenstanden. Auch bedingt durch die Systemkonkurrenz im Kalten Krieg, hätten sie über bemerkenswerte Handlungsspielräume verfügt, eigene Wege zu gehen.<sup>33</sup> Überraschender als die Entscheidung für eine rasche Industrialisierung war dabei für Unger die Erkenntnis, dass Jawaharlal Nehru parallel dazu die ländliche Modernisierung nicht aus den Augen verlor, ein Befund, der die Gleichzeitigkeit verschiedener Entwicklungsansätze weiter fundiert.

### III. ZUR EIGENLOGIK UND WIRKMÄCHTIGKEIT VON NGOs

Ein anderer, immer häufiger gewählter Weg, sich der Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit zu nähern, besteht in der detaillierten Analyse von Nichtregierungsorganisationen. Sie über einen Kamm zu scheren, wäre allerdings vollkommen verfehlt. Solche Organisationen konnten in ihrem Auftrag und Wirkungsradius, ihrer Binnenstruktur und Finanzierung stark variieren. Dass sich ganz verschiedene Vereine, Verbände, Organisationen und Unternehmen mit dem Kürzel NGO schmückten beziehungsweise schmücken, liegt daran, dass die Bezeichnung nicht geschützt, aber dennoch positiv konnotiert ist. Erstmals genannt in Kapitel X der Charta der Vereinten Nationen von 1945, gewann der Begriff seit Ende der 1960er-Jahre zunehmend an Popularität, auch weil mit der Bezeichnung eine Distanz zu Politik beziehungsweise Staat und damit zugleich eine gewisse Affinität zu zivilgesellschaftlichen Kräften oder gar Graswurzelbewegungen suggeriert wurde.<sup>34</sup>

Bei vielen selbst ernannten NGOs mag dies auch zutreffen; größere internationale Player dagegen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagierten, arbeiteten oftmals aufs Engste mit der nationalen und internationalen Politik zusammen. Gerade aufgrund dieser Vielschichtigkeit sollte man sich auch vor Pauschalurteilen hüten, Nichtregierungsorganisationen per se als *good guys* in der Entwicklungszusammenarbeit zu porträtieren, die mit ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement ein Gegengewicht zu handfesten politischen und ökonomischen Interessen von Staat und Wirtschaft bilden würden.<sup>35</sup> Rezente Forschungs-

32 Vgl. ebd., S. 148–151 und 221–278. Vgl. hierzu auch *Immerwahr*, *Thinking Small*.

33 Ein Argument, das nur bei strategisch wichtigen Staaten wie Indien wirklich verfährt. Kleinere Länder konnten aus dem Kalten Krieg nicht in gleichem Ausmaß Kapital schlagen, vgl. dazu *Martin Rempe*, *Entwicklung im Konflikt. Die EWG und der Senegal 1957–1975*, Köln/Weimar etc. 2012, S. 110f.

34 Vgl. *Thomas Davies*, *NGOs. A New History of Transnational Civil Society*, London 2013, S. 1–3.

35 Vgl. bereits *Martin Rempe*, *From Development Business to Civil Society? Societal Actors in Development Cooperation*, in: *Wolfram Kaiser/Jan-Henrik Meyer* (Hrsg.), *Societal Actors in European Integration. Polity Building and Policy Making, 1958–1992*, Basingstoke/New York 2013, S. 129–150.

arbeiten betonen stattdessen überwiegend das Eigenleben, die Eigenlogik und damit verbundene bestimmte Interessenlagen von NGOs, die neben den humanitären beziehungsweise gesellschaftspolitischen Auftrag treten oder diesen bisweilen sogar überlagern.

Die Staatsnähe von NGOs stellt Heike Wieters in ihrer grundlegenden Untersuchung zur amerikanischen Hilfsorganisation CARE heraus.<sup>36</sup> Ihre überzeugende These lautet, dass CARE nicht in Opposition oder Abgrenzung zum, sondern in enger Partnerschaft mit dem amerikanischen Staat zu einer der bedeutendsten internationalen Hilfsorganisationen aufstieg. Als Institutionengeschichte angelegt und um drei aufschlussreiche Einblicke in die Praxis des »Helfens« angereichert, zeigt die Studie, wie CARE von Anfang an nicht nur finanzielle Unterstützung durch staatliche Stellen erhielt, sondern auch in deren Auftrag handelte. So übernahm CARE die Verteilung von (staatlichen) Nahrungsmittelüberschüssen in »Entwicklungsländern« genauso wie die Durchführung regulär programmierter Entwicklungsprojekte. »Making friends for America«<sup>37</sup> hieß die Aufgabe unter den Vorzeichen des Kalten Kriegs, der sich CARE gerne und nicht zuletzt zum eigenen Vorteil annahm.

Natürlich wurde das Verhältnis von Nichtregierungsorganisationen zum Staat auch durch die Inhalte bestimmt, für die sich NGOs starkmachten. Die 1948 aus der UNESCO heraus gegründete »International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources« (IUCN), die neben anderen NGOs im Mittelpunkt von Stephen Macekuras lesenswerter Studie zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung steht, hatte anfangs große Finanzierungsschwierigkeiten.<sup>38</sup> In den 1950er-Jahren war im Rahmen entwicklungspolitischer Debatten die Zeit noch nicht reif für Naturschutzgedanken und Konservierungsmaßnahmen, weshalb sich die IUCN nur mit Unterstützung amerikanischer Gönner am Leben halten konnte, ehe ihr 1961 der eigens auf Mittelschaffung ausgerichtete »World Wildlife Fund« (WWF) zu Hilfe kam. Dennoch war die IUCN alles andere als staatsfern, denn sogar nationale Regierungen wie jene des Vereinigten Königreichs waren bei ihr Mitglied, und wichtige Protagonisten der ersten Stunde, allen voran Julian Huxley, hatten früher wichtige Posten in den Kolonialverwaltungen ihrer Heimatländer bekleidet. Nicht zuletzt die ideelle Unterstützung verdankte sie bis zum Aufkommen der Umweltbewegung Ende der 1960er-Jahre vor allem einflussreichen Regierungschefs und Politikern westlicher Staaten.<sup>39</sup>

Ein weiteres gemeinsames Charakteristikum zwischen CARE und IUCN bildete die mehr oder minder rasche Verwandlung ideeller Vereinigungen von Freiwilligen in professionell geführte Unternehmen. Mustergültig zeigt Wieters im Detail, wie sich CARE in den 1950er-Jahren mit wissenschaftlicher Unterstützung und dank externer Unternehmensberatung dezentralisierte und damit Strukturen und Managementmethoden übernahm, die im *For-Profit*-Sektor zu jener Zeit bereits üblich waren. Diese Transformation konnte auch deshalb relativ geräuschlos gelingen, weil seit 1947 wenigstens ein Teil der Führungsriege aus der Wirtschaft kam oder über eine entsprechende Ausbildung verfügte. Dadurch habe sich in der Hilfsorganisation eine distinkte Unternehmenskultur etabliert, nämlich »a tendency to think big«:<sup>40</sup> Bis 1980, so Wieters, habe es nicht einen Moment gegeben, in dem CARE über die Konsolidierung oder Verkleinerung des Unternehmens nachdachte. So gesehen, ging es der Hilfsorganisation stets um zweierlei: Für andere und für sich selbst Gutes zu tun.

36 Heike Wieters, *The NGO CARE and Food Aid from America, 1945–80*. »Showered with Kindness«, Manchester University Press, Manchester 2017, 336 S., geb. 90,00 £.

37 Ebd., S. 279.

38 Stephen J. Macekura, *Of Limits and Growth. The Rise of Global Sustainable Development in the Twentieth Century*, Cambridge University Press, Cambridge/New York etc. 2015, XIV + 333 S., geb., 32,99 £.

39 Ebd., S. 38–41 und 92.

40 Wieters, *The NGO CARE and Food Aid from America*, S. 285; vgl. auch ebd., S. 109–121.

Die Professionalisierung der Naturschutzorganisationen setzte im Vergleich zu CARE später ein, bildete aber eine wesentliche Voraussetzung für ihre wachsende Durchschlagskraft zu Beginn der 1970er-Jahre. Bei der IUCN fand just zu Beginn der neuen Dekade ein Führungswechsel statt. Die neue Generation war jünger, konnte bereits auf Berufserfahrung in verschiedenen internationalen Organisationen zurückblicken und verfügte über eine Berufsbildung im Managementbereich. Dies hob sie deutlich von der ersten Generation aus Wissenschaftlern und Kolonialbeamten ab und schlug sich alsbald in einem professionelleren Führungsstil und einem aggressiveren Lobbying nieder.<sup>41</sup> Wieters und, eher implizit, auch Macekura führen so in ihren Untersuchungen sehr schön vor, dass man bei der Erörterung der Eigenlogik und Eigeninteressen von Nichtregierungsorganisationen nicht gleich moralisch werden und das böse Geschäft mit der Armut beziehungsweise Umwelt wittern muss.

Welche Aufgaben übernahmen NGOs wie CARE oder die IUCN nun in der Entwicklungszusammenarbeit und wie viel Einfluss nahmen sie auf die Ausrichtung und Gestaltung internationaler Entwicklungspolitik? Bei CARE begann alles bekanntlich mit einer humanitären Hilfsaktion nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Es dauerte allerdings nicht lange, ehe die Organisation nicht mehr nur CARE-Pakete für das daniederliegende Europa schnürte. Spätestens in den 1960er-Jahren hatte sich die Hilfsorganisation von ihrer ursprünglichen Aufgabe vorübergehender Nothilfe verabschiedet und sich als NGO in der regulären Entwicklungszusammenarbeit etabliert. Kooperationen mit der »United States Agency for International Development«, dem »Food for Peace Program« und vorübergehend auch dem »Peace Corps« gehörten nun genauso zum Aufgabenbereich wie Berater-tätigkeiten im Agrar- und Gesundheitswesen. Später kam es in der Nahrungsmittelhilfe sogar zur Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Agrobusiness, als CARE Säuglingsmilch mit hohem Eiweißgehalt und andere neue Fertigelebensmittel im Rahmen ihrer Nahrungsmittelprogramme für »Entwicklungsländer« testete. Die Expansion der Aufgaben korrelierte dabei mit einer geografischen Expansion und zog schließlich auch eine Internationalisierung der Organisation nach sich.<sup>42</sup>

Wieters Fallstudien zu Korea, Ägypten und Kolumbien akzentuieren allerdings eher die vielfältigen Schwierigkeiten, denen sich die Nichtregierungsorganisation gegenüber staatlichen Stellen vor Ort, aber auch gegenüber der eigenen Regierung ausgesetzt sah. In Ägypten etwa standen in den 1950er-Jahren gerade einmal sechs Mitarbeiter zur Verfügung, um die Verteilung von Nahrungsmitteln auf über 7.400 Anlaufstellen im ganzen Land zu begleiten und zu kontrollieren. Zudem musste das Programm aufgrund der politischen Spannungen zwischen den USA und Ägypten zwischenzeitlich abgebrochen werden.<sup>43</sup> CAREs Handlungsspielräume blieben so relativ begrenzt.

Diese Deutung steht in starkem Kontrast zu Gregory Manns Studie über den westafrikanischen Sahel zwischen kolonialer Herrschaft und »Nongovernmentality«, wie Mann eine neue Form des Regierens nennt, die von und durch NGOs und, so die zentrale These des Buches, im Laufe der Saheldürre der 1970er-Jahre erstmals und zuvörderst durch CARE realisiert wurde.<sup>44</sup> Auch Mann betont in seiner Darstellung die Eigenlogik und die spezifischen Interessen der Hilfsorganisation, die sich ihm zufolge nach ihrer erstmaligen Niederlassung im Niger 1972 darüber freute, anlässlich der im Sahel grassierenden Hungersnot eine ganz wichtige neue Interventionsregion erschlossen zu haben. Tatsächlich folgten

41 Vgl. Macekura, *Of Limits and Growth*, S. 97f.

42 Vgl. Wieters, *The NGO CARE and Food Aid from America*, S. 167–213.

43 Vgl. ebd., S. 145–166, hier vor allem: S. 150f.

44 Gregory Mann, *From Empires to NGOs in the West African Sahel. The Road to Nongovernmentality*, Cambridge University Press, Cambridge/New York etc. 2015, XVI + 281 S., brosch., 23,99 £.

wenige Jahre später Programmvereinbarungen mit Mali und dem Tschad, sodass sich CARE infolge der Sahelkrise im frankofonen Westafrika festsetzte. Mann zeigt, dass die amerikanischen Entwicklungshelfer über die reine Nahrungsmittelhilfe hinaus nach und nach weitere staatliche Zuständigkeiten an sich zogen, so etwa im Schul- und Gesundheitswesen. Dabei sei es CARE nicht so sehr darum gegangen, zu helfen oder etwa ein quasi neokoloniales Regime aufzuziehen. Ziel sei es vielmehr gewesen, sich selbst gegenüber den Regierungen vor Ort unverzichtbar zu machen mit all dem, was man anzubieten hatte, und dies war »salesmanship as much as it was development and relief«. <sup>45</sup>

Mann wertet CAREs Auftreten lediglich als eine unter verschiedenen Formen nongovernmentaler Aktivität. Zwei weitere Beispiele – ein Umsiedlungsprojekt des »American Friends Service Committee«, das vollkommen unabhängig von der US-Regierung und in feinfühligster Abstimmung mit der malischen Regierung erfolgte, sowie Solidaritätsaktionen weiterer afroamerikanischer und dezidiert linker französischer NGOs mit der Bevölkerung im Sahel – dienen allerdings in erster Linie dazu, Manns »Nongovernmentality« von neokolonialen Herrschaftsformen abzugrenzen. CARE bleibt also Herzstück der Argumentation, wonach NGOs Regierungsaufgaben übernehmen. Nicht nur im Lichte von Wieters Studie scheint diese Großthese aus mindestens zwei Gründen fragwürdig: Zum einen bleibt unklar, warum sich diese neuen Formen des Regierens zum ersten Mal im Zuge der Saheldürre einstellten. Wieters Fallstudien zu Ägypten und Kolumbien machen deutlich, dass CARE anderswo schon viel früher ähnliche Ambitionen verfolgte. Als weiteres Beispiel wäre die senegalesische Erdnusswirtschaft zu nennen, in der es bereits im Laufe der 1960er-Jahre zu Public-private-Partnerships zwischen dem Staat und spezialisierten Entwicklungsgesellschaften kam. <sup>46</sup> Gewichtiger ist jedoch der Einwand, dass Mann die Gestaltungsmacht von NGOs weit überschätzt. Kurzum: Ein paar neu gebaute Schulgebäude machen noch keine Bildungspolitik und Entwicklungsprojektmanagement allein noch keine neue Regierungstheorie.

Verkehrt wäre es allerdings genauso, daraus eine Ohnmacht nichtstaatlicher Akteure ableiten zu wollen. Ganz abgesehen davon, dass sich deren Wirkmächtigkeit auch am Einzelfall entscheidet, hilft es, zwischen unterschiedlichen Ebenen der Einflussnahme zu differenzieren. Macekura ist in dieser Hinsicht aufschlussreich, denn seine mit »Of Limits and Growth« betitelte Studie bezieht sich nicht nur inhaltlich auf das Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichem Wachstum und dessen ökologischen Grenzen. Er spielt damit auch auf die ambivalente Entwicklung von Umwelt-NGOs selbst an, die in den letzten 40 Jahren enorm gewachsen seien und auf internationaler und institutioneller Ebene äußerst viel erreicht hätten. Dies galt für die Durchsetzung des Konzepts nachhaltiger Entwicklung, wie auch immer dies im Detail ausgelegt wurde, ebenso wie für die damit eng zusammenhängende Verankerung von Umweltgesichtspunkten in den Vergaberegeln vieler Geberinstitutionen einschließlich den USA und der Weltbank. <sup>47</sup> Und trotzdem, so Macekura, ist das Ökosystem Erde bedrohter denn je, gehen Wachstumsprärogativen regelmäßig vor Maßnahmen des globalen Umweltschutzes. Grenzen ihres Einflusses spürten Umwelt-NGOs wie der WWF oder die IUCN zum einen bei den Regierungen der »Entwicklungsländer« und zum anderen in der andauernden Stärke des Nationalstaats und seinen politischen Repräsentanten im Allgemeinen. Hinzu kamen interne Auseinandersetzungen

45 Ebd., S. 189.

46 Vgl. dazu im Detail *Rempe*, *Entwicklung im Konflikt*, S. 139–162.

47 Vgl. zur Durchsetzung des Konzepts auch *Elke Seefried*, *Rethinking Progress. On the Origin of the Modern Sustainability Discourse, 1970–2000*, in: JMEH 13, 2015, S. 277–400, sowie das von Elke Seefried geleitete begriffsgeschichtliche Forschungsprojekt dazu am Institut für Zeitgeschichte, URL: <<http://www.ifz-muenchen.de/forschung/ea/projekt/eine-begriffsgeschichte-der-nachhaltigkeit/>> [17.8.2018].



zungen darüber, in welches Verhältnis Wachstum und Ökologie zu setzen seien und welche Kompromisse mit nationalen und internationalen Institutionen eingegangen werden müssten, um Einfluss geltend zu machen.<sup>48</sup> All diese Widerstände und Hindernisse zeigen, dass im Bereich nachhaltiger Entwicklung von einer »Nongovernmentality« noch weniger die Rede sein kann.

Ähnlich fragwürdig erscheint dieses Konzept schließlich, wenn man an jene Formen der Entwicklungszusammenarbeit denkt, die sich explizit dem (demokratischen) *nation building* verschreiben, ein Feld, das in der Forschung bislang kaum eine Rolle gespielt hat, auch weil es global betrachtet erst nach 1989/90 Einzug in die entwicklungspolitische Praxis erhielt. Jahrzehnte bevor Konzepte wie *Good Governance* aufkamen und Entwicklungsprojekte an die Einhaltung menschen- und rechtsstaatlicher Standards geknüpft wurden<sup>49</sup>, gab es allerdings bereits vereinzelt Nichtregierungsorganisationen, die sich diesen Aufgaben *avant la lettre* widmeten. Zu den wichtigsten unter ihnen gehören zweifellos die deutschen parteinahen Stiftungen.<sup>50</sup> Sie und ihre Aktivitäten in Lateinamerika rücken in einem neuen Sammelband der Politikwissenschaftler Detlef Nolte und Nikolaus Werz ebenso in den Fokus wie internationale Parteienverbände und ihr Einfluss in dieser Weltregion; letztere stellen streng genommen zwar keine NGOs dar, sind aber als nichtstaatliche Akteure im Feld der Demokratieförderung dennoch von Interesse.<sup>51</sup>

Im Vergleich dieser unterschiedlichen Institutionen übten die parteinahen Stiftungen eine weitaus größere Gestaltungsmacht aus. Die Zeitzeugenberichte früherer Mitarbeiter zur Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS; Josef Thesing) und zur Friedrich-Ebert-Stiftung (FES; Erfried Adam) in dem Sammelband machen deutlich, zu welcher einflussreichen entwicklungspolitischen Institutionen die Stiftungen ab den 1960er-Jahren auf dem amerikanischen Subkontinent wurden. Ganz bewusst von Adenauer mit einem auslandspolitischen Auftrag ausgestattet, verfügten sie über einen größeren Handlungsspielraum als die staatliche Entwicklungspolitik, den sie rasch zu nutzen wussten.<sup>52</sup>

Die KAS investierte zwischen 1962 und 1975 mehr als 75 Millionen DM in Projekte, die vor allem in Zusammenarbeit mit christlich-demokratischen Parteien und den christlichen Gewerkschaften durchgeführt wurden. Bildungszentren entstanden in Caracas (Venezuela) und Santiago de Chile, an denen Führungspersonlichkeiten geschult wurden. Ebenfalls in Venezuela spendierte die Stiftung den Gewerkschaftern sogar mit der »Universidad de los Trabajadores de América Latina« eine eigene Bildungsinstitution; es war ihr bis dahin größtes Projekt. Ferner beteiligte sich die KAS am Aufbau eines sogenannten Erziehungsfernsehens in Brasilien und initiierte ein Bildungsprogramm für Journalisten in Peru. Schließlich legte sie ein Stipendienprogramm auf, das über 35 Jahre vor Ort insgesamt fast 30.000 Personen erreichte und etwa 300 Menschen ein Zusatzstudium in Deutschland ermöglichte. Bei all diesen Maßnahmen sollten immer auch rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien sowie christliche Werte vermittelt werden.<sup>53</sup>

48 Vgl. Macekura, *Of Limits and Growth*, S. 304–316.

49 Vgl. dazu etwa aus EU-Perspektive *Véronique Dimier*, *The Invention of a European Development Aid Bureaucracy. Recycling Empire*, Basingstoke/New York 2014, S. 160–174.

50 Vgl. dazu den konzisen Überblick bei *Thomas Carothers*, *Confronting the Weakest Links. Aiding Political Parties in New Democracies*, Washington 2006, S. 77–82.

51 *Detlef Nolte/Nikolaus Werz* (Hrsg.), *Internationale Parteienverbände und parteinahe Stiftungen in Lateinamerika* (Studien zu Lateinamerika, Bd. 27), Nomos Verlag, Baden-Baden 2014, 350 S., kart., 62,00 €.

52 Vgl. dazu jetzt auch *Peter Molt*, *Die Anfänge der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer*, Düsseldorf 2017, S. 168–182.

53 Vgl. *Josef Thesing*, *Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Lateinamerika: 50 Jahre politische Zusammenarbeit*, in: *Nolte/Werz*, *Internationale Parteienverbände und parteinahe Stiftungen in Lateinamerika*, S. 211–246.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzte in ihrer Auslandsarbeit mit der Unterstützung freier Gewerkschaften sowie der Stabilisierung und Demokratisierung postkolonialer Staaten insbesondere durch die Förderung von Parteien durchaus ähnliche Schwerpunkte wie die KAS. Sie baute allerdings ausgehend von Costa Rica, wo 1964 das erste Büro eingerichtet wurde, eine eigene Struktur auf: Einem in San José 1968 gegründeten zentralen Bildungszentrum wurden nach und nach zahlreiche Außenstellen in ganz Lateinamerika angegliedert, die in Eigenregie der Stiftung betrieben wurden. Solche sogenannten Heimvolkshochschulen führte die FES nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in einigen afrikanischen und asiatischen Ländern. Neben dieser, auf Politiker und Gewerkschafter ausgerichteten Erwachsenenbildung engagierte sich die Stiftung zudem in der ›Entwicklungsländer‹-Forschung, bei der das 1967 ins Leben gerufene »Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales« in Chile herausragte.<sup>54</sup>

Ungeachtet der streckenweise unkritischen Darstellung von Thesing – derartige »Erfolgsgeschichten« von Zeitzeugen sind gerade auf diesem Themenfeld Legion<sup>55</sup> – sind beide Berichte äußerst informativ und werden künftigen Historikerinnen und Historikern ein hilfreicher Einstieg sein, die die Auslandsarbeit der parteinahen Stiftungen untersuchen möchten. Dabei wird es zum einen darum gehen, deren entwicklungspolitisches Engagement genauer auszuloten, kritisch auf die tatsächlichen Aktivitäten, vermittelten Inhalte sowie deren Rezeption in den lateinamerikanischen und anderen Ländern abzuklopfen und damit die Stiftungsarbeit viel stärker zu historisieren. Mit gutem Beispiel voran geht hier etwa Antonio Muñoz Sánchez mit seiner Fallstudie zur Rolle der Friedrich-Ebert-Stiftung beim Wiederaufbau der sozialistischen Partei im postfranquistischen Spanien, einer der erfolgreichsten Demokratisierungsmissionen einer deutschen parteinahen Stiftung überhaupt. Sánchez zeigt, dass die rasche Wiederbelebung der spanischen Sozialisten mit einer äußerst zentralistischen Parteistruktur und einer auch von der FES bewusst forcierten Machtkonzentration bei Parteiführer Felipe González erkaufte wurde.<sup>56</sup> Zum anderen wäre systematisch zu untersuchen, welche Position sich die parteinahen Stiftungen im Gesamtgefüge der bundesrepublikanischen Entwicklungszusammenarbeit seit den 1960er-Jahren erarbeiteten und welche Funktionen sie darin übernahmen.<sup>57</sup>

Neben den deutschen parteinahen Stiftungen waren in Lateinamerika auch internationale Parteienverbände schon frühzeitig aktiv. Zu den bekanntesten, die sich nach 1945 formierten, zählen heute die 1951 wiedergegründete Sozialistische Internationale (SI) und die Christliche Demokratische Internationale. Letztere fußt auf verschiedenen Regionalverbänden, wobei der erste nicht in Europa, sondern in Lateinamerika gebildet worden war.

54 *Erfried Adam*, Friedrich-Ebert-Stiftung und Sozialistische Internationale in Lateinamerika, in: ebd., S. 247–288.

55 Ein weiteres Beispiel wäre der Lobgesang auf Erhard Eppler des früheren BMZ-Mitarbeiters Michael Bohnet, vgl. *Michael Bohnet*, Die Entwicklungspolitik Erhard Epplers (1968–1974) – Ein Beitrag zur internationalen Solidarität, in: *Berthold Unfried/Eva Himmelstoss* (Hrsg.), Die eine Welt schaffen. Praktiken von »Internationaler Solidarität« und »Internationaler Entwicklung« (ITH-Tagungsberichte, Bd. 46), AVA-Verlag, Wien 2012, 231 S., kart., 25,00 €, S. 123–137.

56 Vgl. *Antonio Muñoz Sánchez*, Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die spanischen Sozialisten im Übergang zur Demokratie (1975–1977), in: *Unfried/Himmelstoss*, Die eine Welt schaffen, S. 139–155.

57 Im Standardwerk zur Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik spielen die politischen Stiftungen so gut wie keine Rolle, vgl. *Bastian Hein*, Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1974, München 2006. Einstweilen sei auf die Einschätzung von *Molt*, Die Anfänge der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, S. 182–209, verwiesen, wenngleich es auch dieser Darstellung eines Zeitgenossen überwiegend an kritischer Distanz fehlt.

Bereits im April 1947 schlossen sich konservative Gruppierungen aus sieben südamerikanischen Ländern in der »Organización Demócrata Cristiana de América« zusammen.<sup>58</sup> Welche Aufgaben diese und weitere internationale Parteienverbände übernahmen und was sie im Laufe der Zeit erreichten, loten mehrere Sammelbandbeiträge aus, die durchweg der Parteienforschung zuzuordnen sind.

Ähnlich wie zwischenstaatliche Organisationen fungieren internationale Parteienverbände als Foren, in denen Erfahrungen ausgetauscht werden und mitunter versucht wird, staatliche Außenpolitik zu flankieren. Daneben geht es um typische parteipolitische Aufgaben wie Programm- beziehungsweise Strategieentwicklung und Wahlkampfhilfe. In Krisensituationen kamen internationale Parteiennetzwerke gerne auch als Vermittlungskanäle zum Einsatz, etwa als es darum ging, chilenische Parteifreunde ins Exil zu retten. Zudem setzten sie sich mitunter für die Anerkennung von Wahlen ein, etwa 1978 in der Dominikanischen Republik. Ganz allgemein verschrieben sie sich genauso wie die politischen Stiftungen der Demokratieförderung, lange bevor dieses Thema auf die Agenda staatlicher und internationaler entwicklungspolitischer Institutionen oder auch sozialer Bewegungen gelangte.<sup>59</sup>

Tatsächlich blieb die Effektivität internationaler Parteienverbände allerdings relativ gering. Erst nach dem Treffen von Caracas zwischen Spitzenpolitikern aus Lateinamerika und Europa im Mai 1976 zeigte etwa die Sozialistische Internationale unter dem deutschen Präsidenten Willy Brandt eine stärkere Präsenz in der Region, wie Fernando Pedrosa deutlich macht. Mitglieder der SI begleiteten die Durchführung von Wahlen und unterstützten demokratische Transitionsprozesse in Nicaragua, El Salvador oder in der Dominikanischen Republik, wo Vertreter der SI 1978 erfolgreich gegen Interventionsversuche des Militärs protestierten. Entscheidend dabei war ein dichtes Netzwerk persönlicher Beziehungen, das allerdings infolge des Falklandkriegs, an dem sich die Geister schieden, wieder klar geschwächt wurde.<sup>60</sup> Zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit, die sich in den Dienst struktureller Demokratieförderung stellte, kam es jedoch nicht. Internationale Parteienverbände stellten so das schwächste Glied in der bunten Reihe von NGOs und nichtstaatlichen Akteuren dar, die die entwicklungspolitischen Beziehungen zwischen dem globalen Norden und Süden in der einen oder anderen Form mitgestalteten.

#### IV. ENTWICKLUNG IN DER PRAXIS: PROJEKTE UND IHRE FOLGEN

Nahezu alle bis hierhin vorgestellten Forschungsarbeiten thematisieren in der einen oder anderen Weise auch die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Generell lässt sich konstatieren, dass entwicklungspolitisches Handeln derzeit etwas größere Aufmerksamkeit erhält als entsprechende Ideen oder Diskurse, auch wenn solche Tendenzen nicht überbewertet werden sollten, weil immer häufiger beide Ebenen zusammengedacht werden.<sup>61</sup> An der Spitze solch praxisorientierter Herangehensweisen stehen jedenfalls Studien, die einzelne Entwicklungsprojekte zum Ausgangs- und Mittelpunkt ihrer Untersuchung machen. Auch dieser Ansatz kann ganz unterschiedlichen Erkenntnisinteressen dienen. Wie an drei

58 Vgl. *Frank Priess*, Die Christlich Demokratische Organisation Lateinamerikas, in: *Nolte/Werz*, Internationale Parteienverbände und parteinahe Stiftungen in Lateinamerika, S. 135–144.

59 *Nikolaus Werz*, Internationale Parteienverbände: Vom Kalten Krieg zur neueren Globalisierung, in: ebd., S. 17–40; *Detlef Nolte*, Transnationale Parteiennetzwerke in Lateinamerika, in: ebd., S. 41–62.

60 Vgl. *Fernando Pedrosa*, Die sozialistische Internationale in Lateinamerika, 1951–1991, in: ebd., S. 145–171.

61 Vgl. etwa *Unger*, International Development; *Hodge*, Writing the History of Development (Part 2).

jüngeren Beispielen aus den Bereichen Industrialisierung, Landwirtschaft und Gesundheitswesen nun gezeigt wird, eignet sich der Projektansatz sehr gut dazu, die Multiperspektivität von Entwicklungszusammenarbeit herauszustreichen, Zusammenarbeit in einem Zeitraum der *longue durée* zu verfolgen und schließlich deren fundamentale Inkonsistenzen aufzudecken.

Julia Tischlers Buch zum »Kariba Dam Scheme« führt eindrücklich vor Augen, wie viele unterschiedliche Akteure und Institutionen mit ihren je eigenen Vorstellungen und Interessen an einem einzelnen Entwicklungsprojekt beteiligt waren.<sup>62</sup> Der Bau des Staudamms bei Kariba an der Grenze zwischen Nord- und Südrhodesien, dem heutigen Sambia und Simbabwe, stellte in den 1950er-Jahren eines der ambitioniertesten Projekte in Afrika dar, um den Industrialisierungsprozess in den beiden Ländern voranzubringen. Zugleich wurde es zu einem, wenn auch hoch umstrittenen, Symbol des afrikanischen *nation building* der zentralafrikanischen Föderation, die seit 1953 neben den beiden Rhodesiens noch Nyasaland, das heutige Malawi, umfasste. Modernisierung und Nationsbildung sind demnach die Leitthemen, entlang denen sich Tischlers Analyse von der Planung bis zur Fertigstellung entfaltet. Ihr Hauptanliegen ist es, die fundamentale Ambivalenz von Entwicklungsprojekten herauszuarbeiten, die stets Hoffnungen schürten, zugleich instrumentalisiert wurden und nicht zuletzt Gewinner und Verlierer hervorbrachten – auf vielen Seiten.<sup>63</sup>

Im Ergebnis kommt Tischler so zu bemerkenswert differenzierten Einsichten. Ihre Geschichte des Kariba-Damms erzählt eben nicht oder genauer: nicht nur von armen Bauern, ausgebeuteten Arbeitern, rassistischen weißen Siedlern, einer autoritär sich gebärdenden Kolonialadministration und einer neokolonial agierenden Weltbank. In den konkreten Auseinandersetzungen zwischen diesen Akteuren findet die Autorin statt solcher stereotyper Rollenzuschreibungen zu nuancierten Urteilen. Im Verhältnis zwischen der Weltbank und der zentralafrikanischen Föderation konstatiert sie etwa, dass die von der Bank propagierte Gleichsetzung von Entwicklung und Wachstum eine gewisse Resonanz in der kolonialen Integrationspolitik der Föderation fand, Entwicklung in multiethnischer Gemeinschaft zu fördern. Beide Ideologeme, obwohl unterschiedlicher Herkunft, trennten nicht zwischen europäischem und afrikanischem Fortschritt und forderten folglich eine ausnahmslose Integration aller Bevölkerungsteile in marktwirtschaftliche Strukturen.<sup>64</sup>

Entsprechend sollten die Bauern des Gwembe-Tals, die als eine der primitivsten Gemeinschaften in der Föderation angesehen wurden, umgesiedelt und ihnen dadurch der Zugang zu einer Zivilisation westlichen Zuschnitts verschafft werden. Interessanterweise führte diese Vision zu recht unterschiedlichen Umsetzungen nördlich und südlich des Sambesi-Flusses. Während die im Norden zuständigen britischen Kolonialverwalter ihrem eingeübten »bewahrenden« Regierungsstil der *indirect rule* treu blieben und versuchten, die sozioökonomischen Härten der Umsiedlung so gut es ging abzufedern, arbeiteten die weißen Siedler südlich des Damms vor allem mit Zwangsmitteln und Einschüchterungsmaßnahmen. Sie konnten sich dabei auf die Unterstützung der Weltbank verlassen, sodass rund um Kariba radikale Modernisierung deutlich autoritärere Züge annahm als überkommene koloniale Herrschaftspraktiken.<sup>65</sup>

Solche ausgewogenen und teils überraschenden Befunde findet man in Tischlers Studie zuhauf. Um nur einen weiteren zu nennen: Es wird gezeigt, wie das Arbeitsregime, das im Zuge des Staudammbaus entstand, sowohl Rassenschranken reproduzierte als auch für Ar-

62 Vgl. Julia Tischler, *Light and Power for a Multiracial Nation. The Kariba Dam Scheme in the Central African Federation*, Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2013, 352 S., geb., 68.00 £.

63 Vgl. ebd., S. 1–19.

64 Vgl. ebd., S. 59f.

65 Vgl. ebd., S. 66–91.

beiter jeglicher Couleur Möglichkeiten zum individuellen Fortkommen bereithielt. Neben einheimischen Arbeitern und afrikanischen Wanderarbeitern prägten italienische Arbeitskräfte die Baustelle, nachdem ein entsprechendes Unternehmen die Ausschreibung der Weltbank gewonnen hatte. Was als Musterbeispiel partnerschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit gepriesen wurde, mündete in getrennten Arbeitsregelungen, separierten Wohnstätten und ungleichen Löhnen zum Nachteil der afrikanischen Arbeiter – ein Hauptgrund im Übrigen, warum der Damm im finanziellen Rahmen und im Zeitplan blieb. Gegenreaktionen blieben nicht aus, die sich teils auch politisierten, doch Tischler weist darauf hin, dass eine dichotomische Betrachtungsweise von Widerständlern und Kollaborateuren nicht zielführend ist. Vielmehr müsse man sich die Baustelle als eine Parallelwelt aus »Little Italy« und innerafrikanischer Kontaktzone vorstellen, in der junge Leute eine Chance sahen, ihre individuellen Lebensbedingungen zu verbessern, auch wenn sie sich letztlich als weitgehend illusorisch erwies.<sup>66</sup>

Was bleibt am Ende all dieser fein ziselierten Aushandlungen? Vor allem die Einsicht, dass Entwicklungszusammenarbeit komplex ist und keine einfachen Deutungen zulässt. Letztlich, so Tischler abwägend, hatte der Bau des Kariba-Damms widersprüchliche Effekte: Die Modernisierungsmaßnahme im Dienste der Nationsbildung perpetuierte ökonomische Ungleichheiten und gesellschaftliche Segmentierungen, die eigentlich eingeebnet werden sollten.<sup>67</sup>

Marc Freys Porträt des »Office du Niger«, eines der ältesten noch bestehenden landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekte der Welt, betont gleichfalls Kontinuitäten, allerdings im Gegensatz zu Tischlers detaillierter Momentaufnahme in einer Perspektive der *longue durée*.<sup>68</sup> Aus ihr resultiert der grundlegende Erkenntnisgewinn des Artikels, der im Rahmen eines von Frey und Unger kürzlich herausgegebenen Themenhefts der Zeitschrift »Comparativ« zu ländlicher Entwicklung im 20. Jahrhundert erschienen ist.<sup>69</sup>

Freys zentrale These lautet, dass sich ungeachtet der vielen verschiedenen entwicklungspolitischen Strategien, die im »Office du Niger« seit seiner Einrichtung 1932 zur Anwendung kamen, strukturelle Merkmale nicht oder kaum verändert hätten. Dazu zählt er erstens das Fortdauern struktureller Gewalt. Im Anschluss an Johan Galtung meint Frey damit eine von staatlichen und sozialen Institutionen ausgeübte Gewalt, die die Wahlmöglichkeiten des Einzelnen erheblich einschränkt und ein Klima der Angst und Unterdrückung schafft. Zweitens konstatiert Frey, dass den ökonomischen Interessen durchweg Vorrang vor dem Wohlergehen der Bauern und Siedler eingeräumt wurde. Und drittens zeigt er auf, dass Interventionen und Strategiewechsel stets »von oben« ausgingen, selbst wenn es um eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure und sogenannter Graswurzelbewegungen ging.<sup>70</sup>

In seiner Analyse durchwandert Frey die verschiedenen Phasen des Entwicklungsprojekts, das 1932 unter Leitung des französischen Ingenieurs und Kolonialenthusiasten Émile Bélime ganz im Zeichen des *mise en valeur* als einfache Bewässerungsanlage im Binnen-

66 Vgl. ebd., S. 230–232.

67 Vgl. ebd., S. 23f. Widersprüchlichkeiten betont auch Büschel, *Hilfe zur Selbsthilfe*, S. 530–533.

68 Marc Frey, *Doctrines and Practices of Agrarian Development. The Case of the Office du Niger in Mali*, in: *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 27, 2017, H. 2, S. 15–34.

69 Vgl. Marc Frey/Corinna R. Unger, *Rural Development in the Twentieth Century. International Perspectives – An Introduction*, in: *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 27, 2017, H. 2, S. 7–14. Nahezu alle Artikel darin folgen dem Projektansatz. Zum Office du Niger vgl. auch die exzellente Studie von Monica M. Beusekom, *Negotiating Development. African Farmers and Colonial Experts at the Office du Niger, 1920–1960*, Portsmouth 2002, auf die sich Marc Frey explizit stützt.

70 Vgl. Frey, *Doctrines and Practices of Agrarian Development*, S. 16.



delta des Niger-Flusses begann und heute mehr als 130.000 Menschen eine Existenzgrundlage bietet. Während die Vorkriegszeit von Deportationen, Zwangsarbeit, Rassismus und sogar verordneter Polygamie gekennzeichnet war, um Siedlernachwuchs zu generieren, und die Erträge weit hinter den Erwartungen zurückblieben, führten nach 1945 weder ein Führungswechsel noch die Einbeziehung von Siedlern oder der Einsatz neuer Strategien wie etwa der Mechanisierung der Landwirtschaft dazu, dass sich höhere Erträge einstellen oder sich die Lebensbedingungen verbesserten.<sup>71</sup>

In der frühen postkolonialen Zeit änderten weder die Übergabe des Projekts in die Hände der sozialistisch orientierten malischen Regierung, die Internationalisierung der Gebergemeinschaft auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Sowjetunion und die Volksrepublik China oder der 1968 vollzogene Militärputsch in Mali etwas an den strukturellen Missständen. Auch im sozialen Bereich tat sich wenig, sodass die Siedler kaum Zugang zum Gesundheitswesen oder zu Bildungsinstitutionen hatten; tatsächlich lag die Alphabetisierungsrate im Delta bei gerade einmal 5%. Seit der Sahelkrise nahm sich schließlich die Weltbank dem »Office du Niger« an, nachdem sie sich gegen Ende der 1960er-Jahre unter ihrem neuen Präsidenten Robert McNamara stärker der ländlichen Entwicklung zugewandt hatte.<sup>72</sup> Während in den 1970er-Jahren fast 150 Millionen Dollar im Projekt mehr oder weniger ergebnislos versickerten, setzte mit der neoliberalen Wende ein durchgreifender Wandel ein: Die Strukturanpassungsprogramme, so Frey, hätten das Office deutlich verschlankt und den Agrarsektor insgesamt dereguliert. Infolgedessen seien nicht nur die Produktivität im Delta, sondern auch die Einkommen und der Lebensstandard deutlich gestiegen, und Frauen hätten bessere Erwerbsmöglichkeiten erhalten. Und trotzdem betont Frey auch unter der – von ihm überraschend positiv gezeichneten – Ägide der Weltbank eher die Kontinuitätslinien: Die Tatsache, dass weiterhin das Office über Pacht und Landerwerb entscheidet und ausländische Großinvestoren deutlich bessere Konditionen erhalten als Kleinbauern, zeige, dass letztere nach wie vor unter struktureller Gewalt leiden und gegenüber dem Großkapital benachteiligt würden.<sup>73</sup>

Fundamentale Inkonsistenzen lassen sich schließlich aus Young-Sun Hongs Studie über die Rolle der beiden deutschen Staaten in der Entwicklungszusammenarbeit herauslesen, die Hong in humanitäre, medizinische und Entwicklungshilfe einteilt und als »global humanitarian regime« auf einen Nenner bringt.<sup>74</sup> In zahlreichen aufschlussreichen Fallstudien thematisiert Hong ganz verschiedene Aspekte dieses Regimes, wobei der rote Faden allerdings mitunter verloren geht; die Grenzen des Projektansatzes werden hier durchaus sichtbar.<sup>75</sup> Dessen ungeachtet arbeitet Hong in zwei Kapiteln zu den entwicklungspolitischen Beziehungen zwischen Westdeutschland und Südkorea exzellent heraus, welche widersprüchliche Konsequenzen Entwicklungszusammenarbeit sowohl im Nehmer- wie im Geberland haben konnte.

Hong verknüpft die zeitweise Übernahme eines amerikanischen Militärkrankenhauses im südkoreanischen Pusan (heute Busan) in den 1950er-Jahren durch westdeutsches Personal mit der Arbeitsmigration südkoreanischer Krankenschwestern in die Bundesrepublik

71 Vgl. ebd., S. 18–24.

72 Vgl. zu dessen Präsidentschaft jetzt auch *Sharma*, Robert McNamara's Other War.

73 Vgl. *Frey*, *Doctrines and Practices of Agrarian Development*, S. 24–34. Fragen des Zugangs zu Land diskutiert in diesem Themenheft gleichfalls in einer Perspektive der *longue durée* *Timothy Nunan*, *From Land Reform to Veterinarians without Borders in Cold War Afghanistan*, in: *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 27, 2017, H. 2, S. 98–114.

74 *Young-Sun Hong*, *Cold War Germany, the Third World, and the Global Humanitarian Regime*, Cambridge University Press, Cambridge/New York etc. 2015, XVI + 427 S., geb., 82,00 £.

75 Vgl. dazu auch die Rezension von *Quinn Slobodian*, *Cold War Germany, the Third World, and the Global Humanitarian Regime*, in: *German History* 34, 2016, S. 363–365.

in den 1960er- und 1970er-Jahren.<sup>76</sup> Die Ablösung des Krankenhauses durch das Deutsche Rote Kreuz ging auf Konrad Adenauers Initiative zurück, der den USA damit eine Gefälligkeit erweisen wollte. Sie erfolgte nach Ende des Koreakriegs im Mai 1954 und ging mit einem Funktionswandel einher: Fortan arbeitete das Haus auch mit koreanischem Personal und die medizinische Versorgung galt der lokalen Zivilbevölkerung. Die Führung des Hauses wurde einem früheren Nationalsozialisten anvertraut; viele Mitarbeiter hatten eine ähnliche Vergangenheit. Der Arbeitsalltag war von strengster Segregation zwischen deutschem und koreanischem Personal geprägt, die Ausbildung koreanischer Ärzte und Krankenschwestern blieb mangelhaft, und die Versorgung der Patienten gestaltete sich katastrophal. Eines der frühesten westdeutschen Entwicklungsprojekte *avant la lettre* endete so in einem großen Skandal; das Krankenhaus wurde 1959 geschlossen.<sup>77</sup>

Freilich ahnten die deutschen Entwicklungshelferinnen und -helfer der ersten Stunde nicht, dass sie letztlich Schwesternnachwuchs für deutsche Krankenhäuser ausbildeten. Tatsächlich landeten junge Koreanerinnen, die ihre Ausbildung noch in Pusan begonnen hatten, später in Deutschland – und zwar im Rahmen einer südkoreanischen Entwicklungsmaßnahme, die von der deutschen Regierung unterstützt wurde. Hong zeigt detailliert, wie Mitte der 1960er-Jahre südkoreanische Hoffnungen, durch den Export von Arbeitskräften den eigenen Arbeitsmarkt zu entspannen, auf deutsche Erwägungen trafen, den Nachwuchsmangel im Gesundheitsbereich abzumildern. Die koreanische Regierung richtete dazu extra eine Entwicklungsgesellschaft ein, um die bürokratische Abwicklung für deutsche Krankenhausträger und staatliche Stellen zu beschleunigen. In der Bundesrepublik von vielen als Win-win-Situation dargestellt, rief die Maßnahme nicht nur scharfe Kritik internationaler Geberinstitutionen hervor, die ihrerseits medizinische Ausbildungsinstitute in Südkorea förderten. In der Praxis erlebten die 5.000 koreanischen Krankenschwestern, die Anfang der 1970er-Jahre in Deutschland arbeiteten, Hong zufolge ähnliche Diskriminierungen und Ausgrenzungen, wie sie schon in Pusan zutage getreten waren. Die Entstehung einer derartigen »global care chain«, die stark auf Annahmen hierarchisch gedachter kultureller Unterschiede gründete und diese fortschrieb, hatte demnach ihre Wurzeln auch in der Entwicklungszusammenarbeit.<sup>78</sup>

## V. SCHLUSS: AMBIVALENZ, DIVERGENZ UND RELEVANZ DER ZUSAMMENARBEIT

In der Gesamtschau ergibt sich ein facettenreiches, zugleich hochgradig ambivalentes Bild der Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit. Die neuen Forschungen betonen auf allen Ebenen der Kooperation Widersprüchlichkeiten, die jedem Versuch einer teleologischen Meistererzählung zuwiderlaufen. Dies gilt für Konjunkturen von verschiedenen wissensbasierten Entwicklungsansätzen, die keineswegs sukzessive aufeinander folgten, sondern vielmehr gleichzeitig, wenn auch mit gewissen Aufmerksamkeitsschwankungen wirkten. Dies gilt für die Rolle nichtstaatlicher Akteure und Nichtregierungsorganisationen, die keineswegs pauschal als zivilgesellschaftliches Gegengewicht zu staatlicher Zusammenarbeit gedeutet werden dürfen und deren Einflussmöglichkeiten je nach inhaltlicher Aufgabe und Einsatzgebiet stark variierten. Dies gilt für die sozialen Beziehungen zwischen den Akteuren, die sich nicht ausschließlich auf gängige Machtasymmetrien zwischen Farbigen und Weißen, Reichen und Armen, Mächtigen und Schwachen sowie Männern und

<sup>76</sup> Vgl. *Hong*, *Cold War Germany*, S. 83–109 und 250–286.

<sup>77</sup> Vgl. *ebd.*, S. 83–109.

<sup>78</sup> Vgl. *ebd.*, S. 250–286, Zitat: S. 284. Neben Koreanerinnen kamen in jener Zeit auch Philippinerinnen und Inderinnen als Krankenschwestern nach Deutschland und wurden so Teil dieses globalen Arbeitsmarkts, vgl. *ebd.*, S. 255–259.

Frauen reduzieren ließen, sondern in diesem Prisma zu neuen und mitunter überraschenden Konstellationen führen konnten. Und dies gilt nicht zuletzt für das komplizierte Verhältnis spätkolonialer und postkolonialer Zusammenarbeit, das schlicht kein ungebrochenes Fortschrittsnarrativ zulässt, auch wenn es verkehrt wäre, spezifisch koloniale Kontinuitäten überzustrapazieren; wie gesehen, haben Formen struktureller (und physischer) Gewalt viele Quellen.

Diese Ambivalenzen allerorten machen es gleichwohl immer schwieriger, generalisierende Interpretationen vorzunehmen. Wie auch Dirk van Laak ganz generell für das Feld der Kolonial- und Globalgeschichte festgestellt hat, wird derzeit größerer Wert darauf gelegt, »nach Möglichkeit allen Akteuren Gerechtigkeit widerfahren zu lassen«.<sup>79</sup> Unter diesen Umständen werden eindeutige Urteile genauso rar, wie triftige wissenschaftliche Forschungsdebatten ausbleiben.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die aktuelle Erweiterung des Forschungsfelds, deren Richtungen Hodge in seinem zweiten Essay mit »longer, deeper, wider« pointiert zusammenfasste, noch einmal etwas anders dar.<sup>80</sup> Meines Erachtens sollte das Feld zum einen »weiter« werden in dem Sinne, dass es sich stärker vergleichend, insbesondere nord-südvergleichend, ausrichtet. Diese Art Erweiterung würde Fragen nach der Divergenz, aber auch Konvergenz von Entwicklungspolitik mit innenpolitischen Reformprozessen in westlichen Industrienationen aufwerfen.<sup>81</sup> Daniel Immerwahr's Studie geht hier in die richtige Richtung, weil sie am Ende aufzeigt, dass entwicklungspolitische Konzepte wie das *Community Development* in die USA zurückwirkten. In den 1960er-Jahren schlug es sich im Quartiersmanagement kriselnder amerikanischer Städte nieder, bildete dort rasch einen Nährboden für soziale Protestbewegungen und zeigt letztlich bis heute Nachwirkungen, einmal mehr mit Licht und Schatten.<sup>82</sup> Solche Vergleiche beziehungsweise Verflechtungen ebnet den vermeintlichen zivilisatorischen Abstand zwischen Nord und Süd grundsätzlich ein, machen auf ähnlich gelagerte gesellschaftliche Problemkomplexe aufmerksam, führen wie bei Immerwahr zu überraschenden Einsichten und provozieren nicht zuletzt fast schon zwangsläufig generalisierende Deutungen.

Zum anderen müsste dahin gehend »tiefer« geschürft werden, dass die sozioökonomische, politische und kulturelle Entwicklung im Süden erkenntnistheoretisch den Vorzug vor Praktiken der Zusammenarbeit erhält. Mit anderen Worten gilt es, sich noch konsequenter als bislang in die Position der Länder des globalen Südens zu versetzen und deren Entwicklungspolitik in Theorie und Praxis in den Mittelpunkt zu rücken.<sup>83</sup> Aus Hong's Fallstudie zu Südkorea lässt sich bereits lernen, dass deren entwicklungspolitische Strategien aus Sicht der Gebernationen mitunter gar nicht als solche erkannt wurden. Verallgemeinernd heißt dies, dass ein Teil, und im Falle Südkoreas ein Großteil »nationaler«

79 Dirk van Laak, »Glokale« Infrastrukturplanung. Rezension zu Julia Tischler, *Light and Power for a Multi-Racial Nation. The Kariba Dam Scheme in the Central African Federation*, in: NPL 58, 2013, S. 332–334, Zitat: S. 334.

80 Vgl. Hodge, *Writing the History of Development* (Part 2).

81 In konzeptioneller Hinsicht wegweisend bereits Sebastian Conrad, *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*, München 2006.

82 Vgl. Immerwahr, *Thinking Small*, S. 132–163; in ähnlicher Blickrichtung Grazia Sciacchitano, *Rural Development and Changing Labour Relations in Italy and Spain in the 1950s and 1960s*, in: *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 27, 2017, H. 2, S. 35–53.

83 Diesem Vorgehen sind in einigen Ländern quellentechnisch Grenzen gesetzt. Dies tut dem dahinterstehenden Argument jedoch keinen Abbruch.

Maßnahmen und Politiken im Dienste von Entwicklung sich transnationalen Formen der Zusammenarbeit weitgehend entzog.<sup>84</sup>

Die Relevanz von Zusammenarbeit für Entwicklungsfortschritte – ungeachtet in welchem Bereich und wie man sie auch immer messen mag – dürfte so insgesamt betrachtet eher gering gewesen sein, wie ja nicht zuletzt viele hier erörterte Forschungsarbeiten auch belegen. Etwas Rückbesinnung auf die klassische Frage nach Entwicklungsfaktoren und -hindernissen einzelner Länder würde daher zum einen über die Praxis der Zusammenarbeit hinaus viele weitere Dimensionen von Entwicklung stärker thematisieren, einschließlich jene der globalen Wirtschafts- und Handelsordnung, die in allen vorgestellten Studien kaum eine Rolle spielt. Zum anderen würde sie es erlauben, unter die vielen Geschichten des Scheiterns die eine oder andere »Erfolgsstory« zu mischen. Gerade an solchen ließe sich nicht zuletzt der Stellenwert der Zusammenarbeit gut ausloten. Ob Entwicklung mit, ohne oder gar trotz internationaler Zusammenarbeit gelingt, ist schließlich eine spannende Frage, die nicht nur an den *Compact with Africa* beziehungsweise allgemein an die Zukunft zu richten ist, sondern auch Historikerinnen und Historiker künftig stärker beschäftigen könnte.

---

84 Vgl. *Hong, Cold War Germany*; vgl. auch *Huck-ju Kwon/Min Gyo Koo* (Hrsg.), *The Korean Government and Public Policies in a Development Nexus*, Cham 2014. Der methodologische Nationalismus dieses Bandes ist freilich abzulehnen, aber er steht idealtypisch für das andere Ende des Spektrums an möglichen Perspektiven und illustriert gerade deshalb meinen Punkt.